⊙ **Berlin**, 23. Februar. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" kommt auf die bereits vom „Leipz. Tagebl." (S. Nr. 75 vom 10. Februar) als auf irrigen Voraussetzungen beruhend zurückgewiesene Behauptung des „Vorwärts" zurück, die „hungernden Volksschullehrer" in Preußen und die „darbenden Beamten" könnten leicht befriedigt werden, wenn die **preußische Heeresverwaltung** die 10 Millionen jährlicher Ersparnisse wirklich mache, die an der „Bekleidung und Ausrüstung" deshalb gemacht werden könnten, weil die „Lieferungspreise" bei einheitlichem Vergeben des Bedarfes durch die Corpsbekleidungsämter, anstatt durch die einzelnen Truppentheile, gegen die der Heeresverwaltung zur Deckung des Bedarfs gezahlten Etatspreise sich um diese Summe niedriger stellen würden. Der „Reichsanzeiger" bezeichnet diese Behauptung als vollständig falsch und unrichtig. Die Berechnung leide an einer Reihe von Irrthümern und Fehlern, da sie die möglichen Ersparnisse viel höher angebe, als sie thatsächlich sein würden. Die Etatsstärke des preußischen Heeres werde vom „Vorwärts" um rund 68 000 Mann zu hoch angenommen. Nachdem auch bei anderen Aufzählungen und Berechnungen des „Vorwärts", z. B. in Bezug auf Tuch, Brodbeutel, Drillich u. s. w., Irrthümer und Fehler nachgewiesen sind, schließt der „Reichsanzeiger": Es wäre gänzlich verfehlt, den Truppen das System der Selbstverwaltung auf diesem Gebiete und die Möglichkeit, Ersparnisse zu machen, zu entziehen. Der Etat würde durch solche Maßnahmen zweifellos mehr belastet werden.

⁂ **Berlin**, 23. Februar. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bestätigt, daß der Gouverneur Freiherr **von Schele** aus dem Colonialdienste scheiden werde. Da eine Berathung des Colonial-Etats in der Budget-Commission bevorstehe, werde die Regierung zunächst zweifellos Gelegenheit nehmen, die Gründe des Ausscheidens zu erörtern. (Der „Köln. Ztg." wird bestätigt, daß Herr v. Schele mit der Unterordnung unter die Colonialabtheilung nicht einverstanden ist; weiter aber wird dem rheinischen Blatte berichtet: „Mit Sicherheit kann angenommen werden, daß auch in Bezug auf große coloniale Pläne zwischen den Ansichten der Centralregierung und dem Herrn v. Schele nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Zu wiederholten Malen hatte es sich gezeigt, daß Herr v. Schele die Bildung kräftiger Colonialgesellschaften nicht mit günstigem Auge betrachtete und es vorgezogen hätte, wenn die Colonisation durch kleine Einwanderer hätte bewerkstelligt werden können. Insbesondere war er den Abtretungen erheblicher Ländergebiete an Erwerbsgesellschaften nicht geneigt, und die unter solchen Bedingungen zu Stande kommenden Gesellschaften fanden bei ihm keine Förderung. Dies ist wohl erst in allerletzter Zeit in voller Schärfe hervorgetreten. Nun würde auch nach unserer Ansicht diejenige Art der Colonisirung zu bevorzugen sein, die sich auf eine massenhafte Einwanderung von Deutschen stützte. Aber nach dem Urtheil aller Sachverständigen wäre sie höchstens auf kleinen Gebieten der Colonie ausführbar, und auch dafür fehlt es noch an beweisenden Erfahrungen. Die wohl allgemeine Ansicht im Mutterlande ging und geht dahin, daß man Ostafrika vorerst nur als Handels- und Plantagen-Colonie benutzen könne, daß aber außerdem dem deutschen Reiche augenblicklich nicht die nöthigen Capitalien zur Verfügung stehen, um eine Klein-Einwanderung, angenommen, daß sie möglich sei, ins Werk zu setzen. Unter diesen Umständen hielt man es in colonialen Kreisen für einen großen Gewinn, daß endlich deutsches Capital in Form von kräftigen Gesellschaften sich nach Ostafrika wagte und durch das unbestreitbare Risico, das es übernahm, zur Erschließung unserer Colonie beitrug. Diese Meinung scheint nicht den Ansichten des Herrn v. Schele entsprochen zu haben, und wir haben den Eindruck, daß diese Bedenken auch das Ihrige dazu beigetragen haben, um ihm eine Ablösung von seinem Posten wünschenswerth erscheinen zu lassen." D. Red. d. „Leipz. Tagebl.")"

‡ **Berlin**, 23. Februar. (Telegramm.) In der gestrigen Delegirten-Versammlung der Berliner Innungen wurde die Begründung einer **großen Mittelstandspartei** nach dem Muster des Bundes der Landwirthe angeregt und der Beschluß gefaßt, eine umfangreiche politische und wirthschaftliche Agitation zu entfalten. Am 1. März soll eine große öffentliche Versammlung stattfinden.

B. **Berlin**, 23. Februar. (Privattelegramm.) Der hiesige Magistrat hatte bekanntlich auf Erfordern der Aufsichtsbehörde nochmals die Bedingungen formulirt, unter denen er bereit sei, gewisse Zweige der **Ortspolizei** zu übernehmen. Unter dem 14. dieses Monats ist nun dem „Berliner Tageblatt" zufolge folgender Bescheid hierauf eingegangen:

„Auf den gefälligen Bericht vom 27. September vorigen Jahres theile ich dem Magistrat im höheren Auftrage ergebenst mit, daß die Ueberweisung der Hochbaupolizei nur unter den durch meinen Erlaß vom 5. August 1892 bekannt gegebenen Bedingungen angängig, die Ueberweisung der Verwaltung der Feuerwehr und der Feuerpolizei aber ausgeschlossen ist."

Außerdem wird der Magistrat ersucht, nunmehr seine endgültige Erklärung abzugeben.

— Zur Illustration der Versicherung des Ministers **von Köller**, daß die Regierung sich nur des „Reichsanzeigers" und der „Berliner Correspondents" bediene, weisen die „Berl. N. N." auf die Thatsache hin, daß die „Nordd. Allg. Ztg." gestern Abend wiederum allein zwei „hochofficiöse" Mittheilungen veröffentlichte.

— Während der hannoversche und der westfälische Provinziallandtag zu der Frage der Landwirthschaftskammern eine ablehnende Stellung eingenommen haben, wurde im Provinziallandtage für die Mark Brandenburg die Errichtung einer Landwirthschaftskammer für Brandenburg befürwortet.

— Die Delegirten der Berliner Gewerkschaften beschlossen, wie der „Leipziger Volksztg." gemeldet wird, den Gewerkschaften zu empfehlen, den 1. Mai wie in den letzten Jahren zu feiern, also die Arbeitsruhe nur dort durchzuführen, wo es, ohne die Interessen der übrigen Arbeiterschaft in Mitleidenschaft zu ziehen, geschehen könne. Der Cassenbestand der Gewerkschaftscommission beträgt 3177 ℳ. — Die Metalldrucker wollen den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, selbst auf die Gefahr einer Aussperrung, zumal da von 500 hier Beschäftigten 442 organisirt sind.

— In der vorgestrigen Sitzung des Bäcker-Congresses stand die Organisationsfrage auf der Tagesordnung. Scholz-Berlin bedauerte, daß persönliche Interessen und Anfeindungen die Organisation geschädigt haben. Wie traurig es um die Organisation bestellt sei, beweise, daß von 5000 Berliner Bäckern nur 97 organisirt seien. Das Genossenschaftswesen und die sogenannte Controlmarke hätten in Berlin bei der Arbeiterschaft keinen Anklang gefunden. (Sehr richtig!) Die Bäcker sollten sich weniger auf die Berliner Arbeiterschaft und mehr auf ihre eigene Kraft verlassen. — Die Mehrzahl der Delegirten votirte für den Central-Verband. Abgeordneter Legien-Hamburg: Die Bäcker kümmerten sich mehr um die hohe Politik, als um die wirthschaftliche Lage. Ohne feste Organisation verspreche er sich auch von den Beschlüssen des Bundesrathes nicht viel. — In einer Resolution erklärte sich der Congreß mit 19 gegen 7 Stimmen für die Centralisation. Zur Sonntagsruhe, die am 1. April 1895 in Kraft treten soll, äußerten sich die Vertreter zustimmend.

— Der Generalsecretair der deutschen Colonialgesellschaft, Dr. **Bokemeyer**, hat einen längeren Urlaub erhalten und will eine größere Reise ins Ausland zu colonialpolitischen Studien machen. Die Geschäfte des Generalsecretairs wird vom 1. März ab Herr v. **Bornhaupt** als Delegirter des Ausschusses führen.

* **Hamburg**, 23. Februar. Die „Hamb. Nachr." schreiben heute: „Die Zurückweisung, welche der Minister v. **Köller** in der vorgestrigen Landtagssitzung den polnischen Anmaßungen hat zu Theil werden lassen, wird überall, wo deutsch empfunden und gesprochen wird, mit Genugthuung begrüßt werden. Es ist erfreulich, daß die deutschredende Bevölkerung in Posen und Westpreußen jetzt wieder Hoffnung zu haben scheint, auf das Wohlwollen der Regierung bei ihrer Abwehr der polonisirenden Bestrebungen rechnen zu können. Daß Herr von Köller auch sonst einen glücklichen Tag hatte, zeigte die energische und würdige Art, in der er die von freisinniger Seite an ihm geübte unberechtigte Kritik zurückwies. Herr von Köller wird den richtigen politischen Weg auch nach eignen Gefühlen von selber finden, aber die Gegnerschaft Rickert's ist jedenfalls immer ein guter Wegweiser dafür."

* **M.-Gladbach**, 22. Februar. Eine „Sociale Auskunftsstelle" wird in M.-Gladbach (Rheinland) am 1. März d. J. durch „Arbeiterwohl" und „Volksverein" (beides katholische Vereine) errichtet. Sie giebt zunächst auf Anfrage nur aus denjenigen Orten, in deren Nähe kein Volksbureau besteht, schriftlich Auskunft in allen Angelegenheiten der Arbeiterversicherung, also nur in Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätssachen. Ferner beantwortet die „Sociale Auskunftsstelle" unentgeltlich alle Anfragen, welche Bezug haben auf Gründung und Leitung von Vereinen und Hospizen für erwachsene und jugendliche Arbeiter, Lehrlinge, Arbeiterinnen, kaufmännische Gehilfen und Gehilfinnen, Dienstmägde, Haushaltungs- und Nähschulen; von Unterstützungs-, Sterbe- und Sparcassen, Arbeiter-Bibliotheken, charitativen Anstalten und Vereinen (Wöchnerinnen-Fürsorge, Kinderbewahrschulen, Waisenhäuser und Erziehungs-Anstalten und -Vereine). Ebenso wird Auskunft ertheilt über Einrichtung von Arbeiter-Ausschüssen, Aufstellung von Fabrikordnungen, über Bau von Arbeiterwohnungen u. s. w.

* **Weimar**, 22. Februar. Ueber das Befinden des Reichstagsabgeordneten Kalmring liefen in den letzten Tagen Berichte um, welche Besorgniß erregten. Die „W. Z." glaubt in der Lage zu sein, diese dahin rectificiren zu können, daß der Zustand des Genannten nicht in einem so kritischen Stadium sich befindet.

* **Mainz**, 22. Februar. Die hiesigen „N. Nachr." berichten über einen Fall von Soldatenmißhandlung. Der Unterofficier Schneeberger vom Husarenregiment Nr. 13 soll einen Recruten eine Pferdedecke, an der sich eine Schnalle befand, in das Gesicht geschlagen haben, wodurch ein Auge sofort ausfiel und das andere derart verletzt wurde, daß man auch den Verlust dieses Auges befürchten muß. Strenge Untersuchung ist eingeleitet und der Unterofficier in Haft genommen.

* **Amberg**, 22. Februar. Die „Amberger Volkszeitung" bringt einen Aufruf zur Gründung eines „Oberpfälzischen christlichen Bauernvereins".

* **Speier**, 22. Februar. Eine recht eindringliche Lehre von den Consequenzen der politischen Agitation beim katholischen Klerus hat der jüngste Roman des ultramontanen Pamphletisten „Konrad von Bolanden" gegeben. Unter diesem Pseudonym birgt sich der Pfarrer Josef Bischof, früher zu Kirchheimbolanden in der Rheinprovinz, jetzt in der Bischofsstadt Speier, der für seine literarischen Verdienste durch den Titel eines päpstlichen Hausprälaten ausgezeichnet worden ist. Das jüngste Werk des fleißigen Autors führt den Titel „Die Socialdemokraten und ihre Väter", als welche letzteren aber neben den Liberalen bezeichnender Weise die „modernen Staatspfaffen" genannt werden. Das Buch spricht von „schwarz oder violett uniformirten Staatsdienern" und greift den eigenen Oberhirten des Verfassers, den Bischof Dr. v. Ehrler an, der dort als „Bischof Dr. v. Lau" vorgeführt und persiflirt wird. Die Centrumspresse klagt bei diesem Anlasse über das sichtliche „Altwerden" des einst hochgefeierten Autors. Als dieser gleich nach 1870 in „historischen" Romanen das neue deutsche Reich und seine Begründer verunglimpfte, war er jener Presse hoch willkommen; darüber sollte diese Publicistik aber doch nicht vergessen, daß der jetzige alte Bolanden sich aus dem früher verherrlichten jungen ganz natürlich entwickelt hat.

* **Sigmaringen**, 23. Februar. (Telegramm.) Der Fürst von Hohenzollern ist aus San Remo hierher zurückgekehrt.

* **Freiburg i. B.**, 22. Februar. Dem soeben veröffentlichten Jahresberichte über die hier bestehende allgemeine Arbeitsnachweisanstalt entnimmt der „Schw. M.", daß das abgelaufene Jahr wieder ein sehr günstiges war; es hat nach jeder Richtung den gehegten Erwartungen entsprochen. In immer weiteren Kreisen haben die Bestrebungen der Anstalt gebührende Würdigung und Anerkennung gefunden. Erfreulich ist insbesondere der Umstand, daß die Zahl der in den Landorten untergebrachten gewerblichen wie landwirthschaftlichen Arbeiter eine beträchtliche Zunahme aufweist. Die weibliche Abtheilung der Arbeitsnachweisanstalt hatte sich eines stetig zunehmenden Vertrauens zu erfreuen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 23. Februar. (Telegramm.) Der Großfürst Wladimir wird am Montag Nachmittag hier eintreffen und in der russischen Botschaft absteigen.

Frankreich.

* In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Wer hat Carnot tödten lassen"? bringt das „Journal" abermals schwere Beschuldigungen gegen den früheren Conseilpräsidenten Dupuy. Der Urheber dieser Anschuldigungen ist Jean de Bonnefon, ein Phantast, der sich in katholisch-kirchlichen Dingen für besser unterrichtet hält als der Papst selbst, und sicherlich auch diesmal wieder stark übertreibt, obwohl er mit einer genauen Kenntniß verborgener Dinge prahlt. Da er aber bestimmte Angaben macht, so mögen sie pro informatione wenigstens kurz erwähnt werden. Bonnefon behauptet z. B., Dupuy habe am Tage seiner Ankunft in Lyon zu dem Beamtenpersonal der dortigen Präfectur gesagt: „Wenn Drohbriefe für den Präsidenten kommen, so gebe man sie ihm ja nicht! Das würde ihn nur unnütz aufregen." Dagegen soll der damalige Premier direct oder indirect mehr als 200 Briefe, welche das Leben des Staatsoberhauptes bedrohten, in Empfang genommen haben. Er habe also bestimmt gewußt, daß die Anarchisten gegen Carnot etwas im Schilde führten, und hätte als Minister des Innern ganz andere Sicherheitsmaßregeln treffen sollen. Der Gewährsmann des „Journal" geht jedoch noch weiter. „Ist es wahr", fragt er, „daß zwei Monate vor dem Verbrechen Hunderte von Drohbriefen oder Warnungen vor einem anarchistischen Complotte, die an Frau Carnot gerichtet waren, unterschlagen worden sind? Ist es wahr, daß die Königin-Regentin von Spanien ein persönliches Telegramm an Frau Carnot gerichtet hat? Diese Depesche soll vor einer Gefahr gewarnt haben, in welcher der Präsident schwebe. Die Königin ließ später anfragen, ob sie nicht angelangt sei, und nun erklärte der Premier, die Mittheilung sei aufgegangen worden, weil man die arme Frau Carnot nicht erschrecken wollte. Ist es endlich wahr, daß Frau Carnot — die Mutter des Präsidenten — niemals eine Depesche folgenden Inhaltes erhielt: Wachen Sie über Ihren Sohn, Madame, wenn Sie nicht wollen, daß ihm ein Unglück zustoße! gez. Mancleric?"

* In **Lyon** soll jetzt ein erster Versuch mit der Aufhebung der Octrois gemacht werden, auf dessen Resultate man nun sehr gespannt sein kann. Wenn sie günstig ausfallen, wie der Gemeinderath der zweiten Stadt Frankreichs erwartet, so wird das Beispiel bald Nachahmung finden und dürfte zum Ausgangspuncte einer vollständigen Reform werden. Die Summen, welche durch die Verzehrungssteuer eingingen, will die Municipalität zu Lyon durch andere Abgaben ersetzen, die zunächst die Hauserbesitzer treffen werden. Aehnliches hatte man auch schon in Paris geplant und der hauptstädtische Gemeinderath wird sicherlich nicht hinter Lyon zurückbleiben wollen; allein ob es ihm gelingen wird, die Millionen, welche die Octrois der Stadt Paris eintragen, auf andere Weise zu erlangen, ohne daß über tendenziöse Willkür der socialdemokratischen Stadträthe Geschrei ertönt, ist eine andere Frage. Paris mit seinen 2½ Millionen Einwohnern liefert den städtischen Finanzen eine Verzehrungssteuer von 240 Millionen, Lyon mit nahezu einer halben Million Einwohnern bezahlt nur 10 bis 11 Millionen für Octrois. Davon entfallen 6 Millionen auf die Getränke und 2 Millionen auf die gewöhnlichen Lebensmittel. Ein Zehntel der Einnahme wird durch die Kosten verschlungen, weil Lyon, eine offene Stadt, zum Theil mit den Vororten verwachsen und darum die Ueberwachung eine sehr umständliche ist, was aber nicht hindert, daß der Schmuggel in ausgedehntem Maßstabe betrieben werden kann. Aus allen diesen Gründen gilt Lyon als Versuchsfeld für sehr geeignet.

Italien.

* **Rom**, 20. Februar. Das vor etwa 14 Tagen verbreitete Gerücht, der Kronprinz von Italien werde sich mit Prinzessin Maud, der Tochter des englischen Thronerben, verloben, ist von Rom wie von London aus bereits zurückgewiesen worden, wiewohl nicht in unbedingt abschließender Form. Ein Theil der italienischen Regierungspresse fährt fort, die Absicht dieses Bündnisses als bestehend zu behandeln, und bringt tagtäglich neue ausführliche Lesarten. Es heißt u. A., der neue Botschafter Italiens in London, General Ferrero, sowie der Admiral Accinni, der das italienische Geschwader nach England führen werde, seien bestimmt, die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Anderseits wird die Anwesenheit des Erzbischofs von Westminster, Cardinals Vaughan, am päpstlichen Stuhle mit dem Plan in Verbindung gebracht. Es wird, wieder von italienischen Regierungsblättern, erzählt, der Cardinal Vaughan habe auf die Gerüchte, daß er wegen des Uebertritts der Prinzessin zur katholischen Kirche bezw. wegen der Eheschließung mit dem Vatican zu verhandeln habe, ausweichend oder ablehnend geantwortet. Dabei aber berichten sie weiter, die intransigente Partei des Vaticans sei dem Verlobungsplane unbedingt feindselig, die Gemäßigten dagegen und der Papst selbst würden die Verbindung sehr gern sehen. Leo XIII. soll u. A. geäußert haben, die Vermählung der englischen Prinzessin mit einem katholischen Prinzen werde ein weiterer Schritt zur Vereinigung der anglicanischen mit der katholischen Kirche sein, die er als ein ideales Ziel seines Hirtenamtes anstrebe. Etwas unbedingt Zuverlässiges läßt sich gegenwärtig über die ganze Angelegenheit kaum erfahren; aus den obigen Mittheilungen, die den täglichen Stoff der hiesigen Presse bilden, gewinnt man aber den Eindruck, daß trotz der amtlichen Ableugnungen doch etwas Wahres an den Gerüchten sein kann. (K. Ztg.)

Spanien.

* **Madrid**, 22. Februar. Die Rückkehr der marokkanischen Gesandtschaft nach Tanger ist verschoben worden.

Großbritannien.

* **London**, 23. Februar. (Telegramm.) Der Prinz von Wales ist heute früh nach der Riviera abgereist. — Lord Rosebery leidet an einem heftigen Anfall von Influenza. Er verbrachte eine unruhige Nacht, befindet sich aber heute wieder besser.

Asien.

* **Canton**, 23. Februar. (Telegramm.) Der englische Kreuzer „Mercury" ist von Formosa zurückgekehrt. Die Chinesen hatten den Piratenaufstand in Takao schon vor der Ankunft des „Mercury" unterdrückt; 25 Piratenhäuptlinge sind enthauptet worden.

* Der Kaiser von **China** hat an den Tsung-li-Yamen eine Zuschrift gerichtet, die in der Pekinger „Staatszeitung" veröffentlicht worden ist. Der Wortlaut des schon kurz erwähnten kaiserlichen Schreibens liegt und heute vor, und nicht ohne Bewegung wird man von seinem Inhalt Kenntniß nehmen, worin sich der ganze Schmerz eines betrogenen Herrschers widerspiegelt. Der Kaiser schreibt:

„An meine Minister! Seit dem Tage meiner Thronbesteigung habe ich mit Ihnen alle Staatsgeschäfte berathen, die sich als nöthig erwiesen, das Reich zu erhalten und das Glück des Volkes zu festigen. In diese der Wohlfahrt meines Landes geweihte Thätigkeit hat Japan plötzlich mit kriegerischer Hand eingegriffen. Es hat unseren Vasallenstaat Korea erobert, ist dann in unsere Gebiete eingedrungen und hat so den Frieden ganz Ostasiens gestört. Ich habe meinen Generalen nur befohlen, die Japaner, die uns den Frieden geraubt, wieder zu verdrängen, aber niemals habe ich befohlen, den Frieden Japans zu stören. Das sind Thatsachen, die auch dem Ausland bekannt sind. Aber unsere Generale waren entweder ohne Fähigkeit oder sie commandirten Soldaten, die ohne Disciplin waren. So mußte Japan von Sieg zu Sieg schreiten, und augenblicklich bedroht es nicht nur unsere alte heilige Stadt Mukden, sondern auch die Hauptstadt Peking. Tief empfinde ich die Schande. Sie ist unbeschreiblich, und in Worten vermag ich nicht auszudrücken, was meine Seele bewegt, denke ich an meine Vorfahren auf Chinas uraltem Throne und denke ich an das Ausland. Aber diese Schande ist nicht Ihre Schuld! Ich, Ihr Kaiser, bin ganz allein der Schuldige. Ich habe mich von den Generalen betrügen lassen, und so ist auch das Militair seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen. Daher habe ich Niederlage und Schande heraufbeschworen. Dringen die Japaner in Mukden ein, tasten sie die Ehre unserer Vorahnen an und besetzen sie Peking, dann werde ich mir selbst den Tod geben. Dann wird meine Seele vor meinen Ahnen erscheinen und diese um Verzeihung anflehen für die Sünden, die ich in Verletzung meiner Herrscherpflichten begangen habe. Leben kann ich dann nicht mehr im Angesicht der von mir geschändeten Vorfahren. Meine Mutter können Sie dann aus Peking hinweg und nach der Mongolei führen und einen anderen talentvollen Prinzen aus der kaiserlichen Familie zum Kaiser erwählen, der glücklicher als ich sein möge. Der aber möge dann die Gelegenheit auch ergreifen, China an Japan zu rächen und so meiner Seele den Frieden zu geben, den sie hier nicht gefunden hat."

Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Nachdruck verboten.)

L. **Leipzig**, 22. Februar. (Vom Vorschubleisten.) Das Hotel „König von Preußen" in Königsberg (Ostpreußen) wurde längere Zeit hindurch von Vertreterinnen der Halbwelt und ihren jeweiligen Liebhabern als Absteigequartier benutzt. Der Inhaber des Hotels, Maximilian Bölsch, und dessen Ehefrau wurden deshalb wegen Kuppelei unter Anklage gestellt, aber vom Landgerichte Königsberg am 20. November vorigen Jahres freigesprochen. Festgestellt wurde, daß sie von den nächtlichen Treiben keine Kenntniß hatten, da sie zur Zeit der Ankunft der nächtlichen Besucher in der Regel schon schliefen und der Hausdiener Bacher die Gäste einließ. Dieser aber war angewiesen, den Pärchen sofort das Fremdenbuch vorzulegen. Es wurde auch als erwiesen angenommen, daß die Eheleute Bölsch, verdächtige Pärchen, wenn sich solche direct an sie wandten, fortzuweisen pflegten. Die Anklage hatte den Eheleuten Bölsch einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie stets Vorausbezahlung verlangten resp. verlangen ließen. Diesen Vorwurf wiesen sie aber mit dem sehr plausiblen Einwande zurück, daß ihnen früher eine große Zahl von Gästen ohne Bezahlung durchgebrannt sei und sie dies verhüten wollten. — Die Revision der königl. Staatsanwaltschaft rügte Verkennung des Begriffs des Vorschubleistens und der Gewährung von Gelegenheit, indem beide vom Gerichtshof zu eng aufgefaßt seien. Der Oberreichsanwalt erklärte die Beschwerde für unbegründet, da sie gegen die thatsächlichen Feststellungen des Gerichts ankämpften. Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt beim Reichsgericht Justizrath Herr, trat dem bei und fügte noch hinzu, die Staatsanwaltschaft gehe von der falschen Voraussetzung aus, es sei festgestellt, der Angeklagte habe den Willen gehabt, sich principiell um nichts zu kümmern. Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsgericht verworfen.

Bei der Gesamtauflage der vorliegenden Nummer befindet sich eine Extrabeilage von der Firma **Wagner & Söhne** in Naunhof (Sachsen), auf welche auch an dieser Stelle verwiesen sei.

Neuheiten-Ausstellung von
Orden, Knallbonbons, Papierkopfbedeckungen,
Tanzordn., Placate für carneval. Festlichkeit., Bockbierfeste 2c
M. Apian-Bennewitz, Markt, Barthel's Hof nur im Hof quergeb.

Elektr. Klingeln, Telephonanlagen fertigt und reparirt E. Meyer sen., Pfaffendorfer Str. 7.

Tuberculose.
Allen Kranken, denen der Arzt gegen Schwindsucht, Bronchialkatarrh u. s. w. das von einer grossen Anzahl medicinischer Autoritäten empfohlene
Creosotal „Heyden"
oder das
Guajacolcarbonat „Heyden"
verschrieben hat, sowie auch den Herren Aerzten selbst, die wegen des zuweilen hoch erscheinenden Preises zögerten, obige Mittel zu verordnen, die ergebene Mittheilung, dass die genannten Medicamente zu folgenden Preisen in der
Apotheke von G. Georgi in Radebeul-Dresden
zu haben sind:

Creosotal	zu Mk. 6,—	für 100 gr	
"	" " 3,50	" 50	"
*Guajacolcarbonat	" " 15,—	" 100	"
"	" " 8,—	" 50	"
"	" " 4,50	" 25	"

* Auch dosirt zu ½, 1 und 2 gr.

Man verlange zur Ansicht!
Schnell-Schreibmaschine „BOSTON".
Modell II

Mk. 75.—
Zum Beweise, dass diese Schreibmaschine die beste, einfachste und billigste am Markte ist, sind wir bereit, dieselbe **kostenlos** und **ohne** Nachnahme auf unsere Gefahr zum **probeweisen** Gebrauch per Post zu versenden, und beanspruchen wir im Falle der Rücksendung keinerlei Entschädigung.
Hermann Hurwitz & Co., Berlin C.,
Klosterstr. 49.

Patente, Gebr.-Muster-Schutz aller Länder, **Markenschutz** nach neuem Gesetz besorgt gut, schnell und preiswerth
Patentbureau Sack, Leipzig.

Patente, Marken- u. Musterschutz aller Länder und Gebrauchsmusterschutz besorgt
J. Morgner, Civil-Ingenieur, Leipzig, Reichsstr. 10.

Carl Kästner,
Blumengasse Nr. 10 u. 12,
Lieferant d. Reichsbank u. Post,
empfiehlt bestbewährte
feuer- u. diebessichere Geldschränke.
Höchste Sicherheit bei billigsten Preisen.

Jede besorgte Mutter sollte auf den Rath des Arztes und nichts anderes hören und in Zukunft nur die neue, ärztlich erprobte, wegen ihrer hervorragenden Eigenschaften für die Hautpflege warm empfohlene Patent-Myrrholin-Seife zum Waschen der Kinder anwenden. „Die mir zur Begutachtung übersandte Patent-Myrrholin-Seife habe ich, da es gerade so traf, den Eltern eines Säuglings, welcher an Mundheim gelitten hatte und zur Zeit an Acne- und größeren Pusteln litt, gegeben. Zwei kleine Furunkel mußten eröffnet werden, die übrige Hautaffection heilte in 10 bis 12 Tagen ab. Ich würde Ihre Seife ev. für alle Säuglinge, weil dieselben viel naß liegen, empfehlen."
Naumburg a. d. S., 16. Jan. 1895. Dr. Gleitsmann, Kreisphysicus.
Die Patent-Myrrholin-Seife ist nach den Urtheilen der Aerzte die einzige Toilette-Gesundheitsseife in ihrer Art, welche allen Anforderungen der Wissenschaft entspricht, indem sie in glücklichster Weise die von den größten Gelehrten aller Zeiten gepriesenen belebenden, conservirenden und heilenden Eigenschaften der Myrrhe mit einer tadellosen Toilettenseife vereinigt. Die Patent-Myrrholin-Seife ist in den Apotheken, guten Drogen-, Parfümerie- und Friseurgeschäften à Stück 50 ₰ erhältlich. Man achte darauf, daß jedes Stück die Patentnummer 63,592 trägt.

Karl Schröder & Co., Leipzig,
Schlossgasse 11.
Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, Petroleum, elektrisches Licht.
Fabrik für Gasanlagen.
Glas-Ersatztheile für Gasglühlicht.
Aufbronziren von alten Kronleuchtern etc.

Util! Gänzlich geruchloses, unschädl., spritfreies Kopfwasser, Verhind., beseit. Schuppen, Schimmen, Haarausfall. Flasche 1.50 ℳ, 3 Fl. franco 4.50 ℳ. Ueberall käuflich od. dir. d. „Fabrik Hygiea", Dresden-A. 14.

Carl Korte, Leipzig, Georgenstr. 30, Tel. A. I, 2717.
Telephon, Blitzableiter.
Elektr. Klingeln, Anlagen u. Reparaturen z. soliden Preisen.

R. Thümmel, Poststr. 14.
Gegr. 1842. Fernspr.-A. I, 12.
Geldschrank-Fabrik
Telegraphenbau-Anstalt
Kunst- und Bauschlosserei.
Spec.: Waaren- u. Speise-Aufzüge.

Diamantlicht
übertrifft jedes
Gasglühlicht
an Helligkeit ohne jede Patentverletzung. Verkaufspreis 9 ℳ
Vertretungen werden abgegeben.
Sächs. Gasglühlicht-Industrie, Leipzig, Schützenstr. 21.

Auer'sches Gasglühlicht
50% Gasersparniss bei flacher Lichtstärke.
F. W. Dannhäuser,
Weststr. 12. — Mikrophon Amt I, 2053.
Vertreter der Deutschen Gasglühlicht-Actien-Gesellschaft nur für Leipzig und Vororte.

Zur Einsegnung!
Schwarze **Ganzwollene Kaschmirs, Serges, Köpers, Krepps,** in: glatt und gemustert,
Meter von 65 Pfg. bis 2 Mark
in enormer Auswahl.
Hedwig Noch,
Petersstrasse 7, eine Treppe.

Patent. **Das ewige Feuer,** Patent
Grude-Ofen, die billigste Feuerung der Welt
A. Beuishausen, L.-Plagwitz, Carl Heinestr. 79.
Musterlager Leipzig, Färberstraße 16.